

25.11.

§ 177 Sexuelle Nötigung
(1) Wer eine andere Person mit Gewalt, durch Drohung mit

Gewalt gegen Frauen soll weltweit beseitigt werden – dafür nutzt die Organisation Terre des Femmes den 25. November. Seite 2

23



Ob Songs, Bühnenlyrik oder ausgemachter Unsinn – Sebastian23 beherrscht alle Disziplinen gleichermaßen. Seite 3

1:12



Revolution vorerst gescheitert – in der Schweiz können sich BefürworterInnen niedriger ManagerInnengehälter nicht durchsetzen. Seite 4

Internet

Alle Artikel und mehr gibt es im Netz unter www.bszone.de

Metropolradruhr expandiert – und hinterlässt offene Fragen im StuPa

„760 Räder für Bochum“

(USch) Auf ein vielfach positives Echo stieß auf der 12. Sitzung des Studierendenparlaments (StuPa) vom 20. November eine Präsentation des Mobilitätsbeauftragten der RUB, Björn Frauendienst, zum aktuellen Stand in Sachen metropolradruhr. Frauendienst hebt gegenüber dem StuPa die bisherigen Erfolge des Projekts hervor: „Wir haben in Bochum mit deutlich weniger Metropolrad-Stationen doppelt soviel rausgeholt als in Dortmund.“ Die landesweit „intensivste Nutzung findet im Ruhrgebiet – und insbesondere in Bochum – statt“, hebt Björn Frauendienst hervor. Auch der AStA-Vorsitzende Tim Köhler (Jusos) steht voll hinter dem metropolradruhr-Projekt: „Die Univerwaltung, das Akafö und die Stadt Bochum nehmen insgesamt eine Viertel-million Euro in die Hand, um hier ein gutes Netz aufzubauen.“

Als parlamentarischer Sprecher der Grünen Hochschulgruppe (GHG) als größter Oppositionsliste begrüßt Sebastian Pewny ebenfalls das bisher „gute Verhandlungsergebnis“ und regt zudem weitere metropolradruhr-Standorte an den U35-Haltestellen Riemke Markt und Herne Schloss Strünkede an. Offen in die bevorstehende Urabstimmung gehen wollen die Jungliberalen, die sich bis dahin darauf konzentrieren möchten, die Studierenden objektiv zu informieren. Viele Antworten – so etwa zum Schutz der NutzerInnen und zur (Mindest-)Entlohnung der Nextbike-Beschäftigten – bleiben jedoch weiterhin offen, und Teile der Opposition sind weiterhin skeptisch, ob der im Januar zur Urabstimmung stehende Deal mit der Leihradfirma von den Studierenden weitergeführt werden sollte. Auf Zurückhaltung stößt das metropolradruhr-Konzept insbesondere bei der Liste BIER, die zunächst eine Klärung noch offener Fragen abwarten möchte.

Metropolradruhr rollt voran

Einstweilen stehen die Zeichen auf Expansion: So ist zwischen Innenstadt und Campus, wo circa 7.000 Studierende wohnen und die meisten Leihrad-Nutzungen in Bochum zu verzeichnen sind, zeitnah der Bau weiterer 35 Stationen geplant – elf davon an Akafö-Wohnheimen; das Akademische Förderungswerk werde sich auch künftig am Aufbau der metropolradruhr-Infrastruktur beteiligen. Es sei ein Glücksfall, dass in Bochum mit dem AStA, dem Akafö sowie der Stadt gleich drei AkteurInnen das Leihrad-System unterstützen. Die Betreiberfirma Nextbike trägt derweil 50 Prozent der Investitionen in die Infrastruktur. Auf dem RUB-Campus gibt es derzeit acht Stationen, für deren Errichtung – ohne Personalkosten – insgesamt rund 10.000 Euro ausgegeben wurden. Auch die Befahrbarkeit der Uni-Brücke solle demnächst durch höhere Geländer und die Einrichtung eines Fahrradstreifens gesichert werden. Außerdem sei eine Durchfahrtsregelung für das UniCenter angestrebt.

Überwachtes Radeln?

Zu wichtigen Punkten sind die Verhandlungen mit Nextbike, in die ParlamentarierInnen der im StuPa vertretenen Listen einbezogen werden sollen, noch nicht abgeschlossen: So sei im neuen Vertragswerk etwa eine Klausel geplant, die ein Mitspracherecht des AStA in Sachen Werbeträger auf den Leihrädern sichere. Auch beim Datenschutz ist angesichts des umstrittenen Umgangs der Firma Nextbike mit den NutzerInnen Daten das letzte Wort noch nicht gesprochen. „Datensparsamkeit steht im Fokus der weiteren Verhandlungen“, versichert Tim Köhler. So



Schildbürgerstreich? Durchfahrtsverbot am metropolradruhr-Ständer im Uni-Center. Foto: USch

sollen die NutzerInnen Daten bei der für Studierende kostenfreien Benutzung eines Leihrads bis zu einer Stunde künftig nicht personenbezogen gespeichert werden. Zudem sei es laut Björn Frauendienst „erstmal nicht geplant, die Fahrräder mit GPS-Chips auszustatten.“

Mindestlohn muss sein!

Auch hinsichtlich der Beschäftigungsbedingungen von Nextbike-MitarbeiterInnen muss noch Transparenz hergestellt werden: So kann der Mobilitätsbeauftragte die politisch wichtige Frage nicht beantworten, ob die für eine tägliche Rückholung benutzter Fahrräder an die einzelnen Standorte Verantwortlichen einen Mindestlohn erhalten oder nicht. Die Neuverteilung der Räder geschehe jeweils nach Bedarf und orientiere sich an einer „Sollradzahl“ von 80 Prozent der Stellplätze an den jeweiligen Leihradständen. In Querenburg gebe es derzeit 180 Räder; bezogen aufs ganze Stadtgebiet laute die Vision „760 Räder für Bochum“. Auch bei einem weiteren

Ausbau der Infrastruktur solle der Preis bei 1,50 Euro pro Semester zuzüglich eines Inflationsausgleichs von maximal drei Prozent jährlich – ähnlich wie beim Semesterticket – fixiert werden. Hierüber hätten aber zunächst die Studierenden im Januar abzustimmen. Der AStA-Vorsitzende begrüßt indessen, dass Nextbike inzwischen vom „schlimmen Konstrukt“ einer ursprünglich geplanten „NutzerInnenquote“ abgerückt sei, bei der sich eine höhere Quote in Preissteigerungen niedergeschlagen hätte. Auf Nachfrage erläutert Tim Köhler zudem, dass die von der Studierendenenschaft getragenen Werbekosten für metropolradruhr-Flyer an der RUB bislang 1.700 Euro sowie 150 Euro für einen Kurzfilm betragen.

Aufgrund der Themenvielfalt der letzten StuPa-Sitzung ist an dieser Stelle nur Metropolrad herausgegriffen worden; ein Nachbericht zu anderen relevanten Themen wie dem inzwischen beschlossenen Nachtragshaushalt soll in Kürze folgen.

Studierende lassen die Blumen des Bösen neu aufblühen

Lyrik live & leidenschaftlich

(Jacq) Lyrik live und leidenschaftlich – am Donnerstag, den 21. November, organisierten RUB-MasterstudentInnen die Lesung „[Lit:Lounge] meets Lausangriff: Baudelaire!“ im Hardys. Charles Baudelaire war Lyriker, Kunstkritiker und Essayist. Er gilt als der französische Wegbereiter des Symbolismus und wurde als Avantgardist der lyrischen Moderne gefeiert. Seine Lyrik, die um die Themenkreise der Großstadt, des Hässlichen und des Abnormen kreisen, machte ihn zu einem der größten französischen Dichter überhaupt. Mit seinem berühmtesten Werk „Les Fleurs du Mal“ setzt sich gegenwärtig der Komparatistik-Kurs „Charles Baudelaire: Die Blumen des Bösen“ unter der Leitung von Dr. Stephanie Heimgartner auseinander, der in Kooperation mit dem Kulturbüro boskop die Lesung veranstaltete.



Wie im Buch so auch live: Alexandra Konotopez eröffnete den Abend mit „Segen“. Foto: Jacq

Insgesamt schafften es sechzehn Gedichte aus „Les Fleurs du Mal“ auf die Lesebühne, die – abgesehen vom letzten Gedicht „Enivrez-vous!“ („Berauschet Euch!“), welches Dr. Heimgartner persönlich performte – von fünfzehn Studierenden vorgetragen wurden. Begleitet wurde der Lit:Lounge-Abend im Hardenberghaus von Jonas Riesefeld auf der Violine: Mal melodisch und schön, mal unharmonisch und hässlich, mal ganz leise und zart, mal laut und explosiv – sein Streichen erinnerte an das Auf und Ab der Blumen des Bösen. Allerdings spiegelten sich die ergreifenden

den Emotionen nicht nur in der Musik, sondern auch in der Mimik des Künstlers wider: So konnten die ZuschauerInnen Schmerz und Qual durch Jonas Riesefelds mitfühlenden Gesichtsausdruck nachempfinden.

Auch die einzelnen Lesungen unterschieden sich in ihrer Laut- und Emotionsstärke: JedeR VorleserIn gewichtete seinen/ihren Vortrag individuell. Die uneinheitliche Akzentsetzung lässt sich auf eine subjektive Interpretation der Gedichte zurückführen. Obwohl sich das Programm lediglich auf einen Dichter

sowie auf einen Band bezog, entstand somit ein bunter, abwechslungsreicher Abend.

Lyrik als Inspiration

Zwar konnte man vereinzelt Studierenden noch eine gewisse Unsicherheit anmerken; nichtsdestotrotz war es unverkennbar, dass sich die TeilnehmerInnen vorbildlich gründlich auf ihren Auftritt vorbereitet hatten. In dem Seminar von Stephanie Heimgartner ging es eben nicht nur um die Interpretation von „Albatros“, „Correspondances“, „Les

Phares“ und Co., sondern auch um die (lyrische) Vortragskunst selbst: Wie liest man Stimmungen? Soll man die Metrik eines Gedichtes als explizite Anweisung oder lediglich als Anregung verstehen? Wie stellt man am besten eine Verbindung zum Publikum her?

Doch nichts gelingt wirklich gut, wenn man in seinem Vorhaben nicht von der entsprechenden Motivation geleitet wird: Tristan Bengert zum Beispiel, der das Gedicht „L'Amour et le Crâne“ in der Originalsprache vorlas, ist vor allem fasziniert von der Epoche der frühen Moderne, „wo die Lyrik die Menschen noch mit Tabu-Brüchen schockieren konnte.“ Alexandra Konotopez hingegen, welche die Lesung mit dem Gedicht „Segen“ („Bénédiction“) eröffnete, unterstützte das Projekt mit ihrer Stimme, da sie eine enge Verbundenheit zur Lyrik verspüre. „Baudelaire muss man kennen“, so Konotopez. Für die LeserInnen bedeutet Interpretation vor allem auch Inspiration, wie beispielweise für Chantal Lilienthal: „Die französische Literatur des 19. Jahrhunderts bereichert mich“, erklärte sie.

Am 5. Dezember ab 19 Uhr veranstaltet das Akafö-Kulturbüro boskop die nächste eintrittsfreie [Lit:Lounge] im Hardys (Laerheidestr. 26, Bochum): Philipp Dorok, M.A. (Germanistisches Institut) und Dr. Ulrich Schröder (:bsz) lesen Buchstaben und Satzzeichen bzw. aus ihrem Werk „RUHRPIRANHAS – Metropolensatire“. Kommt vorbei!

:boinkürze
Frei.Wild raus?

(USch) Ein überdimensionales Parkhaus-Plakat in Bahnhofsnähe sorgt seit über einer Woche für Unmut in Bochum: „Achtung Nazis!“, warnt seit einigen Tagen ein von Unbekannten aufgespritzter Schriftzug auf dem Werbepanoramen der umstrittenen Südtiroler Band Frei.Wild.

Während die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien derzeit erwägt, Liedtexte der rechtslastigen Band auf den Index zu setzen, hüllen sich die kommunalen Verantwortlichen sowie die städtische Parkhaus-BetreiberTochter „Entwicklungsgesellschaft Ruhr-Bochum“ (EGR) zur plakativen Bewerbung der aktuellen Frei.Wild-CD „Still“ in Schweigen. Das links-grüne Parteienspektrum in Bochum dagegen verurteilt die stillschweigende Unterstützung der Werbekampagne einmütig. So erklärt etwa der grüne Ratsfraktionsvorsitzende Wolfgang Cordes: „Ich werde mich im Aufsichtsrat der EGR dafür einsetzen, dass alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, das Plakat zu entfernen.“ Auch die Bochumer Jusos schließen sich an und fordern die Stadt auf, „Rechtsrock keine Bühne zu geben.“ Neben der Linksjugend Bochum und dem Bund der alevitischen Studierenden unterstützt auch das Bochumer Forum für Antirassismus und Kultur (BoFo) den zivilgesellschaftlichen Anti-Plakat-Protest.

:bszaktuell

Hildebrandt lebt nicht mehr

(USch) Er war nicht weniger als einzigartig – mit Dieter Hildebrandt stand und fiel das klassische politische Kabarett hierzulande. Mit seinem legendären „Scheibenwischer“ gelang ihm gar hin und wieder der Coup, den Bayerischen Rundfunk zeitweise aus dem Kanon der ARD-Länderanstalten ausscheren zu lassen und einzelne, aus bajuwarischer Perspektive allzu bissige Folgen nicht auszustrahlen. Am Montag wurde der im Alter von 86 Jahren verstorbene Kabarettist in München beigesetzt. Weit über seine Heimat hinaus wird Dieter Hildebrandt eine Lücke hinterlassen: „Eine wichtige Stimme ist verstummt“, heißt es in einer Erklärung des DGB Bochum. „Es gibt gute Gründe sie nicht zu vergessen“. „Er hat sich um Aufklärung verdient gemacht – Aufklärung, die nun andere übernehmen müssen.“

US-Kriegsforschung an deutschen Unis

(ks) Laut Medienberichten haben deutsche Universitäten seit dem Jahr 2000 mehr als 9 Millionen US-Dollar vom amerikanischen Verteidigungsministerium für Rüstungs- oder mit der Rüstung zusammenhängende Grundlagenforschung erhalten. Die 18 betreffenden Hochschulen waren an Forschungsprojekten beteiligt, die vom Pentagon mit Fördergeldern bezuschusst wurden. Diese Information geht aus einer öffentlichen US-Datenbank hervor, berichtet die Welt. Der NDR meldet, dass unter anderem auch die Ruhr-Universität Fördergelder erhalten habe. Vom „Department of the Air Force“ seien 2010 für das Projekt „Development of a High-Throughput Method for the Optical Screening of Phase Transformations Related to Amorphous Materials“ insgesamt 108.500 Dollar an die Ruhr-Uni geflossen.

Rotzbremsen für Gesundheit

(koi) Mit Schnurrbärten für Männergesundheit sensibilisieren: Dieses Ziel hat die Initiative „Movember“. Das Kofferwort setzt sich aus den Begriffen „moustache“ (Schnurrbart) und November zusammen. Fans und Unterstützer des aus Australien stammenden Projekts lassen sich im November einen Schnurrbart stehen. Sie sammeln Spenden und informieren, zum Beispiel über Prostata- und Hodenkrebs. Die gesammelten Gelder fließen in entsprechende Hilfsprojekte. Jetzt, da sich der November dem Ende neigt, kann man die prachtvollen Schnäuzer in voller Blüte sehen – übrigens auch auf dem RUB-Campus. Aus Universitätsangehörigen der Institute für Experimentelle Physik II sowie Theoretische Elektrotechnik hat sich sogar eine Gruppe offiziell registriert. Unter dem Namen „RUB Whiskers“ sprießt bis Sonntag die Gesichtsbehaarung der Physiker für den guten Zweck.

:bszsucht

FSVK-RedakteurIn

Die FachschaftsvertreterInnenkonferenz (FSVK) sucht eine/n :bsz-RedakteurIn. Aufgabe der von der FSVK gewählten Redaktionsmitglieder ist, neben der eigenen Schwerpunktsetzung und der regelmäßigen Mitarbeit innerhalb der Redaktion, in erster Linie die Betreuung der Belange der Fachschaften (Berichterstattung über die Aktionen und Probleme der Fachschaften bzw. der FSVK). Die regelmäßige Teilnahme an den FSVK-Sitzungen ist daher erwünscht. Bewerben könnt Ihr Euch bis zum 2. Dezember 2013 im AStA-Sekretariat (Studierendenhaus), bei den FSVK-SprecherInnen (SH 004) oder spätestens am selben Tag bis 18 Uhr vor der FSVK-Sitzung.

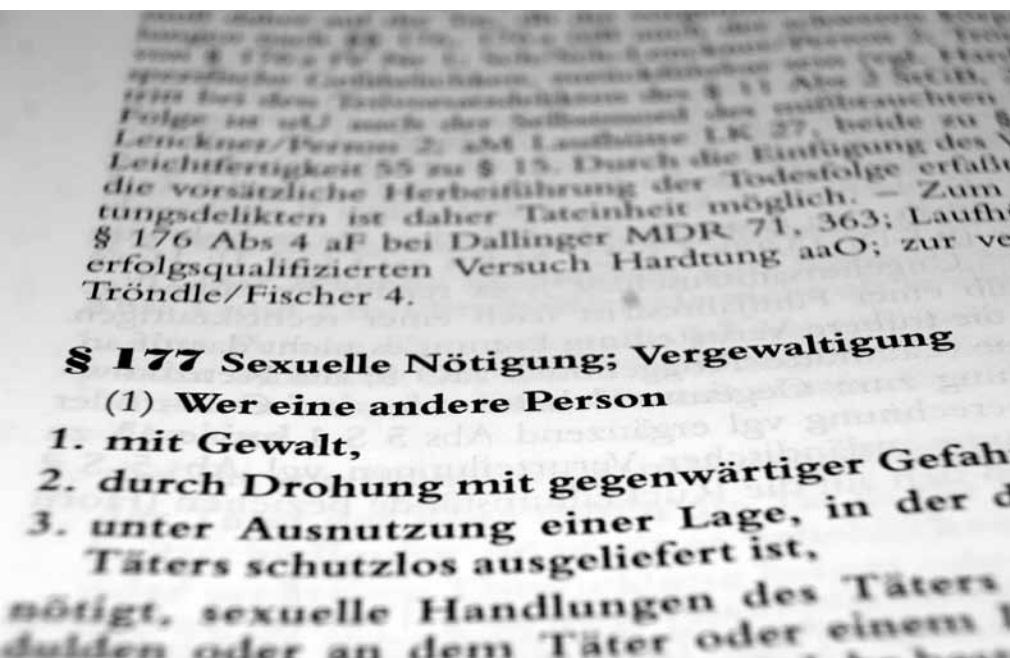
Mehr Infos unter fsvkbo.de

Frauenrechtsorganisation fordert eine Überarbeitung des „Vergewaltigungsparagrafen“

Wenn erst eine Ohrfeige „Nein“ heißt

(as) Laut der offiziellen Polizeistatistik 2012 werden in Deutschland jährlich 8031 Fälle nach § 177 (Vergewaltigung und sexuelle Nötigung) angezeigt. Für Terres des Femmes (TDF) ist das nur die Spitze des Eisbergs, weshalb sie den 25. November zum Anlass nehmen, um auf ihre Kampagne „Vergewaltigung – Schluss mit der Straflosigkeit!“ aufmerksam zu machen.

Es sind mittlerweile 43 Jahre vergangen, seit die Schwestern Patria, Minerva und Maria Teresia Mirabel in der Dominikanischen Republik von Soldaten des damaligen Diktators Trujillo verschleppt, vergewaltigt und ermordet wurden. Ihre traurige Geschichte wäre nur eine von vielen geblieben, hätten nicht 1981 karibische Frauengruppen den 25. November zum Gedenk- und Aktionstag gegen Gewalt gegen Frauen ausgerufen. 1999 wurde der Tag von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“ (auch: Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen) erklärt. Seitdem werden jedes Jahr in vielen Städten Aktionen durchgeführt, um auf Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen. Die Düsseldorfer Frauenberatungsstelle beispielsweise schaltet in der Regional- und Lokalpresse Todesanzeigen im Gedenken an die Frauen, die Opfer von Gewalt durch Männerhand wurden. In Bochum wird die Partei Die Linke die Fahne von Terre des Femmes im Fenster des Fraktionsbüros aufhängen.



Wird in dieser Form vielleicht bald der Vergangenheit angehören: Die Frauenrechtsorganisation TDF fordert eine Überarbeitung des § 177.

Foto: as

tigt die derzeitige rechtliche Lage nur physische Gewalt einwirkung, die es dann gegebenenfalls vor Gericht nachzuweisen gilt: „Ein Nein der Betroffenen reicht nicht aus, damit ein TäterIn wegen Vergewaltigung verurteilt wird“, heißt es dort. So kommen Urteile wie das im Fall der fünfzehnjährigen Chantal durch das Landgericht Essen im September letzten Jahres zustande (V. Strafkammer Aktenzeichen. 25 KLS 10/12). Der Angeklagte hatte eingeräumt, das Nein des Opfers gehört zu haben, aber er wurde freigesprochen, da das Gericht der Ansicht war, dass die „schutzlose Lage“ der jungen Frau nicht gegeben gewesen sei und sie sich nicht genügend „gewehrt“ hätte.

Es braucht mehr als Gesetze

Die Bochumer Ratsfrau Aygül Nokta (Die Linke) unterstützt die Forderung nach Anpassung der Gesetzeslage, gibt aber gleichzeitig zu bedenken, dass „der rechtliche Schutz das eine [ist], was verbessert werden muss, das andere die Finanzierung der Frauenhäuser und Beratungsstellen. Sie leisten unverzichtbare Unterstützungsarbeit für die von Gewalt betroffenen Frauen. Die Partei Die Linke fordert die Bundesregierung nach wie vor auf, die Absicherung der Frauenhäuser nicht länger von den Länderhaushalten abhängig zu machen, sondern durch eine bundeseinheitliche Finanzierung sicherzustellen.“

Die NGO organisiert seit mittlerweile zehn Jahren ihre „Fahnenaktion“, die jedes Jahr einem anderen Gewaltthema gewidmet ist.

Nein soll Nein heißen – auch vor dem Gesetz

Einer repräsentativen Umfrage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Lebenssicherheit von Frauen in Deutschland aus dem Jahr 2004 zufolge wurden nur knapp 5 Prozent der Straftaten aus dem Bereich der sexualisierten Gewalt angezeigt, obwohl knapp 58 Prozent aller befragten Frauen diese Form der Gewalt erfahren hatten. Für die Frauenrechtsorganisation TDF geht diese Diskrepanz unter anderem

auf ihrer Ansicht nach gravierende Lücken innerhalb der Gesetzeslage zurück. Derzeit ist es möglich, dass der/die TäterIn sogar geständig ist, aber die derzeitige Rechtslage eine Verurteilung nur erlaubt, wenn alle Voraussetzungen des § 177 StGB erfüllt sind. Laut diesem Paragraphen begeht ein Mensch sexuelle Nötigung oder Vergewaltigung, wenn er oder sie eine andere Person „mit Gewalt, durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben oder unter Ausnutzung einer Lage, in der das Opfer der Einwirkung des Täters schutzlos ausgeliefert ist, nötigt, sexuelle Handlungen des Täters oder eines Dritten an sich zu dulden oder an dem Täter oder einem Dritten vorzunehmen.“ Nach TDF berücksich-

Studierende der RUB inspizieren die Scientology-Kirche in Düsseldorf

(Keine) Angst vor Psychokulten

(mar) Die Studentin sitzt im „Auditing-Raum“, ihre Hände umklammern zwei metallene Zylinder, die mit dem merkwürdigen Gerät auf dem Tisch verbunden sind. „Denken Sie an Ihren letzten Prüfungsstress“, sagt die Instruktoren. „Sehen Sie, wie es ausschlägt?“, fragt sie und deutet auf die Skala des Gerätes. „Das E-Meter registriert die negativen Veränderungen Ihres geistigen Zustandes.“ Die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages bezeichnete das Gerät als „wissenschaftlich wertlos“. Auch bei den anderen anwesenden Studierenden herrschen Zweifel: „Ich hab doch erst überlegt, wann meine letzte Prüfung war“, sagt die Studentin. Doch die Instruktoren, Claudia Uhl, ist überzeugt, dass das Scientology-Gerät funktioniert.



Ein Design wie Captain Nemo trifft Captain Future: Scientologysymbolik auf dem Infobildschirm.

Foto: mar

die AuditorIn, einem/einer ScientologIn höherer Stufe, sichtbar ist. Die Person der niedrigeren Stufe spricht sich, grob gesagt, den Kummer von der Seele. Damit auch Dinge ans Tageslicht treten, welche die Seele schon seit einem früheren Leben belasten, leitet der/die AuditorIn vom Ausschlag des E-Meter geführt das Gespräch in die entsprechende Richtung. Angeblich kann ein Auditing helfen, schwere Traumata aus Vergewaltigungsoffern schlagartig zu überwinden. Eine Aussage, über die die Studierenden noch auf dem Heimweg ungläubig diskutieren werden.

Der Verfassungsschutz schreibt in seinem aktuellen Bericht: „In der Scientology-Ideologie gelten die Psychiatrie bzw. der gesamte Berufszweig der Psychiater als Feindbilder.“ Die Düsseldorfer Pressesprecherin hingegen stellt klar: „Wir sind nicht gegen Psychiatrie, wir sind dagegen, dass die Psychiatrie Menschenversuche macht und dass sie Menschen gegen ihren Willen wegsperren und ihnen alle Rechte nimmt.“ Sie erzählt von ihrem kürzlich verstorbenen Vater, der als Alzheimerpatient rechtlos in der Gewalt der ÄrztInnen gestanden hätte, hätte sie nicht eingegriffen.

Gefährlicher Jugend-Psychokult oder schnöde Glaubensgemeinschaft?

Die Ruhr-Universität Bochum hat bei Scientology einen Stein im Brett: Wäh-

rend die Medien oft reißerisch von Sekte oder Psychokult sprechen, Behörden immerhin von Organisation („Am besten gefällt mir Jugendsekte“, lacht Uhl, „unser Durchschnittsalter liegt bei um die 50!“), klassifiziert das RUB-Forschungsprojekt „Religiöse Vielfalt in NRW“ Scientology erstmals wissenschaftlich als „Neue religiöse Bewegung“. „Kontakte bauen Vorurteile und Ängste ab“, heißt es in der Ergebnispräsentation. Ganz vorurteilsfrei lässt es sich dennoch nicht zu Scientology fahren. Im RE nach Düsseldorf machten die wildesten Gerüchte die Runde – Lidl unter Scientology-Kontrolle, Gehirnwäsche, Verschwörungstheorien. Claudia Uhl stellt sich geduldig bei Kaffee und Keksen allen Fragen und lässt sich mit den gängigen Vorurteilen konfrontieren. Manche kann sie entschieden widerlegen: „Wir haben nichts gegen Schwule. Wir haben sogar schwule Mitglieder.“ Bei anderen Fragen windet sie sich gekonnt um eine Antwort herum. Sind das alles nur Lippenbekenntnisse? Was kann eine Organisation tun, um ihr

schlechtes Image loszuwerden? Darf sie das überhaupt? Mehr als drei Stunden dauerten die Führung und die mehr von Neugier als von Ressentiments geprägte Fragerunde. Das Bild, das den Studierenden gezeichnet wird, ist das einer normalen Religionsgemeinschaft mit all ihren Ritualen und Geheimnissen, dem Irrationalen und dem Widersprüchlichen, aber auch den Versprechen und der Faszination.

In dieses Bild mischt sich jedoch stets das Misstrauen: Sagt diese Frau die Wahrheit? Kann man wirklich problemlos aus Scientology austreten? Wo kommen dann diese ganzen Geschichten her? Warum schreiben die AuditorInnen jeden Seelenstrip-tease mit? Dass der Preis für die Lehren Hubbards (das Grundlagenwerk „Dianetik“ gibt es für etwa 15 Euro) exorbitant ansteigt – die Materialien über „den Aufbau des menschlichen Geistes“ kosten 210 Euro – macht Scientology als Religion unglaubwürdig, als Unternehmen aber kommerziell erfolgreich.



:bsz in Gefahr: Reporter Marek Firlej wagt sich an ein Elektropsychometer. Foto: mar

Mehr als „Purer Unfug“: Sebastian23 moderiert Bochum und präsentiert neues Buch

bsztermine

Geslammte Songs und ulkige Texte

(USch) Wenn man schon kein Pech hat, kommt auch noch Glück dazu – da sich der frischgebackene Gewinner der 17. deutschsprachigen Meisterschaften im Poetry-Slam, der Dortmunder Jan Philipp Zymny, derzeit vor Auftrittsfragen kaum retten kann, musste der Gewinner von 2008 einspringen: Sebastian23 moderierte am vorvergangenen Sonntag den sehr gut besetzten dritten Song-Slam im „Kugelpudel“. Tags darauf legte der beliebte Bochumer mit der Moderation des fünften Campus-Slams an der RUB im einmal mehr rappenden KulturCafé nach. Mit seiner aktuellen Buchpublikation „Purer Unfug“ hält der Multikünstler bei solchen Anlässen zudem immer ein lesenswertes Präsent bereit.



Gets him plugged: Moderator Sebastian 23 und Teilsieger Julius Kühn. Foto: USch



Hohe Voten beim CampusSlam – für den Dortmunder Tobi Katze sogar mit einem kleinen Extra. Foto: USch

gleichbleibend hohem Niveau geboten – und natürlich eine unnachahmliche Moderation ...

„Immer schön ernst bleiben“

„Fug“ von „Unfug“ zu trennen, ist glücklicherweise nicht die Aufgabe einer Poetry-Slam-Jury – sonst wäre Sebastian23, der es sich am nächsten Abend nicht verkneifen kann, zu betonen, einst „der Frauenbeauftragte der RUB gewesen zu sein“ vielleicht gleich am Anfang durchgefallen, gerade weil bei ihm neuerdings „alles durchgegendert“ sei und er selbst vor Neologismen wie der „Ulrikin“ nicht zurückschreckt und als weitere Eskalationsstufe des Grauens schließlich „brennende Behindertenkindergärten“ gegen mutmaßlich überzogene politische Korrektheit ins Feld führt. Dagegen hilft vielleicht nur eine wahrhaftige „Götterslammerung“ im Stile eines Christoph Koiatka, der in seinem „metaslammatischen Abgesang“ die „Slammer im Wolfspelz“ entlarvt und virtuos-wortgewandt schließlich das „Schweigen der Slammer“ einfordert. Dies bringt dem bsz-Redakteur und RUB-Historiker, der den Finaleinzug lediglich um zwei Jurypunkte verpasst, immerhin den vierten Platz unter insgesamt neun SlammerInnen und als sehr lohnenden Trostpreis das neue Sebastian23-Buch „Purer Unfug“ ein. Die insgesamt 150 Euro Siegesprämie

werden schließlich zu gleichen Teilen unter den Finalisten aufgeteilt. So rechnet der als „Gute-Laune-Pionier aus Dortmund“ anmoderierte Tobi Katze, der den Finaleinzug sehr überzeugend mit einem sarkastischen Text über einen Küchenbrand erreichte, am Ende spektakulär mit einer – hoffentlich imaginären – Ex-Freundin ab. Auch Der Jesko aus Potsdam weiß bereits bei seinem ersten Auftritt mit Höchstnoten zwischen 9 und 10 als „HipHopper von der Waldorfschule“ zu überzeugen und legt in der Schlussrunde mit einem Text über das interkulturelle Spannungsverhältnis zwischen einem deutschen Touri und einer schönen Kubanerin nach, die am Ende den Stab über Ches Erben bricht: „Ich schlief zwar mit Touristen, doch ich flirtete nicht mit Mördern.“ Der RUB-Student und Campus-Radiojournalist Tuna Tourette rundet nach relativ knappem Endrundeneinzug das Final-Trio mit einem „Mega-Hasstext“ auf das Leid zwischengeschlechtlicher Beziehungen ab: „Sex ist schlimmer als Heroin“, halt es schließlich in den rund 300 Köpfen im vollbesetzten KulturCafé nach.

bszbuchinfo

Sebastian23: „Purer Unfug. Fotos von Quatsch und komische Texte“



Cover: WortArt

WortArt, 2013. 126 S., 12,95 Euro.

„Anders als beim Poetry-Slam ist beim Song-Slam Musik erlaubt“, klärt der Slammer mit der unvermeidlichen Schiebermütze zu Beginn der seit Juli 2013 in der Eiscreme- und Cocktailbar Kugelpudel im Bochumer Ehrenfeld stattfindenden Veranstaltung auf. An diesem Abend ist er nicht nur hochkarätiger Ersatz-Moderator, sondern auch Tontechniker und Musiksatiriker: „Du hast mehr Maske auf als Sido und bist böser als Bushido“ – in seinem Auftakt-Song „Küss mich“ besingt der 34-Jährige, der nach eigener Aussage „in den 80ern von zwei Fernsehern großgezogen wurde“, einen gewissen Darth Vader und dessen inzestuöses Verhältnis zu einer imaginären Adressatin: „Ich kann Dich nicht küssen – ich bin Dein Vater! Und weißt Du, wen das freut? Meinen Psychotherapeut ...“

„Wir verlier'n uns in verlor'ner Euphorie“

Von den insgesamt sieben Teilnehmenden müssen sich trotz konstant solider musikalischer Performance drei Musiker nach der Vorrunde verabschieden – darunter auch der RUB-Student Johannes Opfermann, der mit „Kopftuchverbot für Piraten“ den einzigen politisatirischen Akzent unter den Musik-

SlammerInnen setzt. Die „guten Seiten des Lebens – wenn man sie denn noch hat“ besingt in seinem Song „Tanzen“ Dominic Lanfer als erster Finalist. „Wir vergessen alle Sorgen und verlier'n uns in verlor'ner Euphorie“, halt es melancholisch gebrochen nach. Einen Gänsehaut-Effekt der düsteren Art setzt darauf die einzige Frau im Slammer-Feld, Jaana, die mit ihrem Song „Out of Control“ bereits in der Vorrunde nicht nur durch ihre markante Reibeisenstimme herausragte: Mit „Devil's Bride“ wäre sie beinahe ganz vorne gelandet. Den Sieg teilten sich am Ende Julius Kühn mit „Get Started Walking“ – einem Song, der zeigen soll, dass es „kein Nachteil“ sein muss, „wenn man ein bisschen weniger hat“ – und Christoph Heute mit virtuos-rockigen Akkorden, der seine Western-Slide-Gitarre in der Vorrunde noch nonchalant übers Knie legte und wie eine Zither erklingen ließ. Alles in allem wurde dem über 50-köpfigen Publikum ein breites Stil-Repertoire auf

„Freundschaft, das ist wie Heimat“ – doch was, wenn Freunde eine andere Heimat haben?

Freunde in der Ferne



Statt Karten: Lieber mal FreundInnen besuchen. Foto: ks

(clu) Es ist voll auf dem Bahnsteig, denn es ist Freitagnachmittag. Feierabendverkehr trifft auf Wochenendpendelei und einige Verreisende. Am Gepäck der Menschen lässt sich ablesen, ob diese eher auf der Durchreise, auf dem Heimweg oder auf wirklich großer Fahrt sind. Und dann sind da noch Abholende. Sie haben kaum Gepäck und stehen auch nicht so nah am Gleis. Ich bin heute ebenfalls eine von denen, die mit dem eigentlichen Bahnhofsgeschehen wenig zu tun haben. Ich warte auf meine beste Freundin Lili, die ich schon

bis zur Rente – in ein und derselben Stadt oder zumindest der gleichen Region abspielte, gehören Umzüge in einen ganz anderen Teil des Landes und Auslandsaufenthalte heute zum Leben vieler Menschen. Ob Studienplatz oder Jobangebot – fast jedeR kennt einen Menschen in seinem/ihrem Umfeld, der einen kompletten Neuanfang woanders auf der Welt gewagt hat. Lernen damit umzugehen müssen dann allerdings nicht nur Familien und Paare, auch Freundschaften brauchen neue Strategien, um an der Distanz nicht zu zerbrechen.

Unter Druck

„Wenn Freundschaften zu Fernfreundschaften werden, erkennt man eigentlich erst, wer die echten Freunde sind“, erzählt Lili, die wegen zahlreicher Hin- und Herzeherei sowie einem Jahr im Ausland mittlerweile ein echter Profi auf diesem Gebiet ist. „Dann trennt sich die Spreu vom Weizen.“ Denn bei Freundschaften über weite Strecken muss jedeR dazu bereit sein, wirklich etwas zu investieren, während im normalen Alltag Freundschaft oft auch einfach über regelmäßige Treffen ohne großen Aufwand funktioniert. Ein gemeinsamer Kaffee nach der Vorlesung lässt sich einfacher unterbringen als einen Termin zu finden, zu dem beide wirklich ungestört telefonieren oder skypen können. Und natürlich müssen alle auch erst einmal einen (Kommunikations-)Weg finden, mit der neuen Situation umzugehen. Während viele Gespräche zwischen „normalen“ FreundInnen oft auf Alltagsgeschichten und Banalem beruhen, wirken Erzählungen, etwa über eine unfreundliche Kassiererin, einen langen Bürotag oder ein gutes Essen, plötzlich unbefriedigend. Denn durch die neue Seltenheit und damit einhergehend auch wachsende Bedeutung einer Unterhaltung baut sich ein gewisser Druck auf, eben auch Gesprächsthemen mit größerer Bedeutung zu finden.

Und genau dieser neue Anspruch ist es, der Fernfreundschaften so schwer werden lässt. Wenn man sich nicht mehr bei dem/der FreundIn meldet, um zu erzählen, dass man sich über einen doofen Brief vom Bafög-Amt ärgert oder dass man die Einkaufsstützen in der Bahn vergessen hat, sondern darauf wartet, etwas wirklich Tief sinniges oder Spannendes berichten zu können, dann gehen schnell Wochen und Monate ins Land, bis man sich überhaupt wieder

spricht. „Obwohl es ja grade auch diese Leichtigkeit und Normalität ist, die zu einer Freundschaft gehört“, erzählt Lili, und rät: „nicht aufhören, den anderen am normalen Leben teilhaben zu lassen. Auch mal eine SMS schicken, nur um zu erzählen, dass man verpennt hat oder auf einer Party schlechte Musik läuft.“

Auch neue Kontakte zulassen!

Doch auch Gefühle, die bis dato in einer Freundschaft überhaupt keine Rolle spielten, können plötzlich zu Konflikten führen. Eifersucht etwa. Denn natürlich muss jedeR von beiden auch wieder Leute finden, mit denen er oder sie eben einen Kaffee nach der Vorlesung trinkt, zusammen feiern geht oder einfach auf der Couch Serien schaut. Und der/-jenige, der/die nun nicht mehr an diesen alltäglichen Treffen teilhaben kann, weil er zu weit entfernt ist, muss das akzeptieren und darf sich nicht ausgetauscht fühlen, sondern sollte seinerseits/ihrerseits ebenfalls neue Alltagskontakte knüpfen.

Auch kann es helfen, gemeinsame Treffen etwa an Orten stattfinden zu lassen, die nicht zum Alltag mit den neuen FreundInnen gehören. Sich zum Beispiel in einer anderen Stadt treffen, die für beide nicht alltäglich ist, oder einfach mal in eine Kneipe gehen, wo man nicht ständig auch mit seinen Uni-Kumpels abhängt.

Einige Freundschaften werden dennoch scheitern. Denn ein echtes Rezept, um das zu verhindern, gibt es leider nicht. Ein realistischer Ausblick aber, dass nicht alles so bleiben wird wie es war und die Erkenntnis, dass Fernfreundschaften, auch wenn es noch so banal scheint, auf ständigen Austausch angewiesen sind, kann echte Freundschaft auch über noch so viele Kilometer hinweg am Leben halten!

Dienstag, 26. November

Rote-Ruhr-Uni-Vortrag

Carl Schmitt gilt wegweisend im Bereich der politischen Theorie. Ingo Elbes Vortrag „Carl Schmitts faschistischer Begriff des Politischen und seine Nachwirkung in der Gegenwart“ skizziert dagegen kritisch den genuin faschistischen Gehalt von Schmitts Politik- und Rechtsbegriff.

HGC 30, RUB
Beginn 19 Uhr
Eintritt frei

Grrrls-Brunch

Am Dienstag können wieder alle interessierten Frauen nach Herzenslust dekadent vegan schlemmen und sich dabei mit tollen Frauen über Feminismus, die letzte Queer-Party oder den stressigen Uni-Alltag austauschen. Wenn Du Lust hast Lesben kennenzulernen und Freundschaften zu schließen, dann komm vorbei!

GA 04/61, RUB
Beginn 11 Uhr
Ende 13 Uhr
Teilnahme frei

Syrien aktuell

150.000 Kriegesopfer und zwei Millionen Flüchtlinge – die traurige Bilanz zwei Jahre nach Ausbruch des Krieges in Syrien. Die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum hat den italienischen Journalisten und Autor Gabriele del Grande eingeladen, um über seine Erfahrungen zu referieren und zu diskutieren. Del Grande hat Syrien seit Kriegsbeginn mehrfach besucht und für die New York Times und die taz berichtet. KulturCafé, RUB
Beginn 19:30 Uhr
Eintritt frei

Donnerstag, 28. Nov.

Mikrokredite in der Diskussion

Mikrokredite scheinen eine eindeutig gute Sache zu sein: Sie gelten als Erfolgsstrategie zur Armutbekämpfung und ihr Begründer Mohammad Yunus bekam dafür den Friedensnobelpreis verliehen. Journalist Gerhard Klas („Die Mikrofinanz-Industrie“) spricht dagegen von einem Geschäftsmodell, das die Armut verschärft. Bahnhof Langendreer, Studio 108 Wallbaumweg 108, Bochum
Beginn 19:30 Uhr
Eintritt frei

Freitag, 29. November

Transmit

Mit Indie-Musik ins Wochenende starten: CT spielt für Euch eure liebsten Lieblingslieder. Von Indie-Klassikern und -Hymnen bis Tronics-Beats und rau-dreckigen Indie-Gitarren wird alles dabei sein. Bahnhof Langendreer Wallbaumweg 108, Bochum
Beginn 23 Uhr
Eintritt 5 Euro

Samstag, 30. November

Keine Festung Europa!

Seit Jahren sterben Menschen beim Versuch, Armut und Verfolgung zu entkommen, an Europas Außengrenzen. Gleichzeitig baut die EU die tödliche Grenzsicherung weiter aus und führt am 1. Dezember „Eurosur“ ein: High-Tech-Überwachung von Flüchtlingsrouten. Grund genug, auch in Bochum gegen die EU-Migrationspolitik, für globale Bewegungsfreiheit und „ein gutes Leben für alle“ auf die Straße zu gehen, denn: Rassismus tötet! Bochum Hauptbahnhof
Beginn 11 Uhr

Sa., 30. / So., 31. Nov.

1. RUB-Impro-Cup

Drei Gruppen treten im Wettstreit gegeneinander an. Regie, Story und Jury werden vom Publikum übernommen: Improgranti, Die Bande und Pottpourie machen im Improvisationstheater was ihr wollt! Am Sonntag stehen die drei Truppen gemeinsam improvisierend auf der Bühne. Musisches Zentrum, RUB
Beginn 19:30 Uhr
Eintritt frei

Schweizer Volksentscheid zur Begrenzung von ManagerInnegehältern

Spitzengehälter begrenzen?

(ks) In der Schweiz sorgt eine Diskussion für Wirbel, die in Deutschland noch in den Kinderschuhen steckt. Mit mehr als 100.000 Unterschriften für die Volksinitiative „1:12 – Für gerechte Löhne“ haben die JungsozialistInnen in der Schweiz mit Unterstützung der SozialdemokratInnen, der Grünen und der Gewerkschaften einen landesweiten Volksentscheid ins Leben gerufen, über den am 24. November abgestimmt wurde. Die Schweiz gilt als Hort der direkten Mitbestimmung. Die letzten vier Jahre wurde hart um den Volksentscheid gerungen. BefürworterInnen erhofften sich mehr Lohngerechtigkeit und ein Ende der Exzesse bei ManagerInnegehältern. Die KritikerInnen der Deckelung von Spitzengehältern hatten mit ihrer Warnung vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen jedoch Erfolg: 65 Prozent votierten am Sonntag gegen den „Lohndekel“. Dennoch bleiben die Basis-Forderungen aktuell: So würden laut einer aktuellen Meinungsumfrage der „Welt am Sonntag“ hierzulande etwa drei Viertel der Befragten für eine Lohndekelung votieren.

Die Schweizer Jusos brachten die Volksinitiative Ende 2009 vor dem Hintergrund der Bankenkrise ein, die viele Menschen dafür sensibilisiert hatte, dass bei Banken und Unternehmen möglicherweise eine Entkopplung der Gehälter der Top-ManagerInnen von ihrer tatsächlichen Leistung stattgefunden hat. Um die voranschreitende Entwicklung der Lohnsenkung im unteren Lohnsegment bei gleichzeitig sprunghafter Steigerung der Gehälter der oberen Einkommensklassen durch eine

Die Schweizerische Volkspartei (SVP), die FDP Schweiz, die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP) und weitere Parteien lehnen die 1:12-Initiative genauso ab wie der Schweizerische Arbeitgeberverband, der Schweizerische Gewerbeverband und der Schweizerische Versicherungsverband. Sie kontern das 1:12-Argument der Jusos und ihrer MitstreiterInnen damit, dass es willkürlich sei und der Wirtschaft schade. Warum sollte einE Top-ManagerIn nicht

rInnen dafür, dass die ManagerInnegehälter in Aktienunternehmen zukünftig von den AktionärInnen und nicht mehr vom Vorstand festgelegt werden dürfen.

Außerdem rechnete die Pro-1:12-Seite vor, dass in Schweizer Unternehmen in den 1980er Jahren die Schere zwischen dem durchschnittlichen mittleren Einkommen und dem gemittelten Höchstehältern noch bei 1:6 lag. Ende der 1990er Jahre war der Unterschied schon auf 1:13 angewachsen, während er heute im Schnitt bei 1:43 liege. Eine solche Entwicklung könne nicht durch eine rasant steigende Produktivität in den ChefInnenetagen der Betriebe erklärt werden, sondern sei schlicht „Abzockerei“. Wäre die Initiative angenommen worden, hätten die jährlichen Spitzengehälter auf ungefähr 500.000 Franken (ca. 400.000 Euro) begrenzt werden müssen. Im Vergleich dazu verdienen Top-ManagerInnen in der Schweiz heute umgerechnet durchschnittlich 2,3 Millionen Euro im Jahr.

„AbzockerInnen“ versus „KommunistInnen“

In der öffentlichen Auseinandersetzung argumentieren beide Seiten mit harten Bandagen. Während die BefürworterInnen die Gegenseite konsequent als „AbzockerInnen“ bezeichnen, kontert der Gewerbeverband, es handle sich um ein „sozialistisches Experiment“, das der Schweizer Wirtschaft und dem Staat schaden werde. Auch wenn nur 0,3 Prozent der Schweizer Unternehmen bzw. ca. 4.000 aller ManagerInnen betroffen wären, würden hohe Steuerausfälle auf den Staat zukommen. Eine gewerkschaftsnahe Studie legt dagegen nahe, dass die Umverteilung der Löhne keine negativen Auswirkungen auf Steuern und Sozialabgaben nach sich ziehen würde. Eine unabhängige Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich kommt entgegen aller Berechnungen der Pro- sowie der Contra-Seite zu dem Schluss, dass die Auswirkungen einer Annahme des Volksentscheids schlicht nicht hätten beziffert und vorausgerechnet werden können. Eine Folge der Initiative „1:12“ steht allerdings heute schon fest: Das Thema Spitzenlöhne wird in der Schweiz breit diskutiert und ist damit kein Tabu-Thema mehr – und das völlig unabhängig davon, wie der Volksentscheid ausgefallen ist. So verzichtete Daniel Vasella, der Ex-Chef des Pharmakonzerns Novartis, bereits wegen des öffentlichen Drucks auf eine Abfindung von umgerechnet rund 58 Millionen Euro.

Doch kein „Lohndiktat vom Staat“

Kurz vor Redaktionsschluss haben die SchweizerInnen abgestimmt – das Ergebnis des Volksentscheids ist eindeutig: Nur ca. 35 Prozent der abgegebenen Stimmen waren für die Annahme. Die InitiatorInnen sind enttäuscht, wollen jedoch weiter in der Öffentlichkeit über Millionengehälter für ManagerInnen diskutieren. Der Schweizer Gewerbeverband ist zufrieden mit dem Ergebnis. Es zeige, dass die Mehrheit in der Schweiz gegen ein „Lohndiktat vom Staat“ sei. Der Konflikt um staatliche Regelungen in der Lohnpolitik wird im nächsten Jahr in der Schweiz weitergehen. Dann steht ein Volksentscheid über einen gesetzlichen Mindestlohn an.

Kein Spiel mit dem Feuer!

Während Europa von einer Krise zur nächsten schlingelt, stellt die Schweiz hierzulande die Rekordwerte Arbeitslosigkeit, gute Löhne, eine tiefe Verschuldung und ein erfolgreiches Zusammenspiel von grossen und kleineren Firmen. Das haben wir uns hart erarbeitet und das ist nicht selbstverständlich. Umso unverständlicher, dass die ultralinken Jungsozialisten unseren Erfolg zerstören wollen: Am 24. November stimmen wir über die brandgefährliche 1:12-Initiative ab. Künftig soll der Staat die Löhne in der Schweiz diktiert. Gegen dieses Lohndiktat vom Staat wehrt sich eine breite Allianz aus Bundesrat, Parlament, Kantonen, SVP, FDP, CVP, BDP, glp, EVP und der Wirtschaft. Denn in der Schweiz werden Löhne zwischen Arbeitgebern und Angestellten ausgehandelt und nicht vom Staat diktiert. Das hat sich bewährt und trägt zum Wohlstand der Schweiz bei.



Vor Brandstiftung sei gewarnt: Die 1:12-Initiative der ultralinken Jungsozialisten zerstört das Erfolgsmodell Schweiz und lässt auf allen Ebenen bloss Verlierer zurück. Darauf gibt's am 24. November nur eine Antwort: NEIN zu 1:12. (Bild: Reuters)

Wir alle sind betroffen
Die Jungsozialisten gäbeln uns vor, nur wenige Firmen seien von 1:12 betroffen. Das ist falsch. Die Initiative trifft uns alle.

Das Lohnlaxtät vom Staat wirft ein Grundprinzip der Schweiz über Bord und zerstört die unternehmerische Freiheit.

Kampf den „ultralinken Jungsozialisten“: Ausschnitt aus der Kampagnenzeitung des Schweizerischen Gewerbeverbandes gegen 1:12.

Ausschnitt: Schweizerisches Erfolgsmodell / Schweizerischer Gewerbeverband

vernünftige Formel zu stoppen, wurde die Idee des „1:12“ entwickelt. Für den Gewinn eines Unternehmens trügen die geringer entlohnten Angestellten eben auch bei und dies werde oft vergessen, wenn gute Geschäftsergebnisse ausschließlich dem gerade aktuellen Vorstand einer Firma als Verdienst zugeschrieben würden. Die Produktivität eines einzelnen Menschen könne, selbst wenn er oder sie ganz an der Spitze einer Organisation stehe, nicht mit dem zigfachen des Lohns einer oder eines einfachen Angestellten vergütet werden, ohne den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu gefährden.

1:12 – gerechte Politik oder schädliche Einmischung in die Wirtschaft?

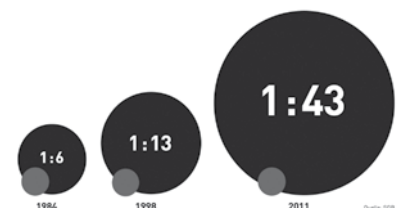
Genau hier setzte die Kritik der GegnerInnen des Volksentscheids an. Ihre Zahl ist groß:

monatlich das Doppelte oder Hundertfache dessen verdienen, was die schlechtbezahlteste Arbeitskraft im Unternehmen im Jahr erhält? Staatlich festgesetzte Lohnobergrenzen seien ebenso schädlich für die Wirtschaft wie gesetzlich vorgeschriebene Mindestlöhne, weil sich so der Markt nicht mehr selbst regulieren könne. Firmen könnten so kein qualifiziertes Spitzenpersonal auf dem internationalen ManagerInnenmarkt finden und würden aus der Schweiz abwandern.

Rückenwind durch „Abzocker“-Initiative

Die InitiatorInnen des Volksentscheids konnten Hoffnung aus einer ähnlichen Initiative schöpfen, die im Frühjahr in der Schweiz Erfolg hatte. Im sogenannten „Abzocker“-Entscheid votierten zwei Drittel der SchweizerInnen dafür, dass die ManagerInnegehälter in Aktienunternehmen zukünftig von den AktionärInnen und nicht mehr vom Vorstand festgelegt werden dürfen.

Die Forderung der Schweizer Initiative ist, dass niemand in einem Unternehmen im Monat mehr verdienen darf als die schlechtbezahltesten MitarbeiterInnen im Unternehmen in einem Jahr. „1:12“ bedeutet also, dass der Monatslohn der Top-ManagerInnen auf das Gehalt gedeckelt werden würde, das die unterste Lohngruppe im Unternehmen in einem Jahr erhält. Die InitiatorInnen argumentieren, dass die Löhne im unteren Lohnsegment seit den 1980er Jahren in der Schweiz stagnieren bzw. sehr gering gestiegen sind, während in der Gruppe der Top-VerdienerInnen ein starker Anstieg der Löhne im gleichen Zeitraum zu verzeichnen ist.



Das Ungleichgewicht wächst: 1984 war das Einkommen der Schweizer SpitzenverdienerInnen noch sechsmal so hoch wie der Durchschnittslohn. Grafik: Jusos Schweiz

- Anzeige -

Speiseplan Mensa der Ruhr-Uni-Bochum vom 02. Dezember 2013 bis 06. Dezember 2013

Jetzt Fan bei Facebook werden oder Aktuelles per Twitter verfolgen.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Aktionen 4,20 € (Stud.) 5,20 € (Gäste)	Pariser Schweinekotelett mit Sauce Bernaise, dazu Kartoffel-Lauch-Gratin, und Prinzess Bohnen (5)	Mailänder Scampi in Knoblauch mit Tomaten-Konfit, dazu Gemüsereis, und ein grüner Mischsalat	Venezianische Tortellini auf Spinat dazu einen Salat der Saison (1)	Bulgarischer Tomatentopf (1,3)	Entenkeule mit Orangensauce, dazu Kartoffelknödel, und Rotkohl (1,3,G)
Komponentessen 1,60 € (Stud.) 2,60 € (Gäste)	Hähnchenschnitzel mit Pfefferhollandaise (G) Bami Medaillon mit Mangodip (9)	Rinderhacksteak mit Paprikarahmsauce (1,2,3,9,R) Kartoffeltasche mit Kräuterfrischkäse und Sahnesauce (V)	Hähnchen Döner mit Ajoli Dipp (1,3,4,G) Zucchini gefüllt mit Gemüse dazu Mediterrane Tomatensauce (1,2,3,9)	Pangasiusfilet mit Chili-Limonensauce (2,7,F) Kohlrabi - Käse - Röstling mit Remouladensauce	Schachlikgulasch (9,10,R) Holsteiner Vollkorn Röstling mit Pilzsauce (3,9)
Sprinter 2,00 € (Stud.) 3,00 € (Gäste)	Bauernpfanne mit Schweinefleisch und Salat (1,3,5) Gemüselasagne dazu ein Salat	Chili con carne dazu Baguette (1,2,3,R) Mediterraner Gnocchiauflauf mit einem Salat (1,2)	Käse Hackfleischtopf dazu Baguette (2,R) vegetarischer Makkaroniauflauf dazu ein Salat (1)	Schupfnudel Gemüsepfanne mit Hähnchen und Salat (G) Wirsinggemüse dazu Brötchen (3,5)	Thai Nudelpfanne mit Schweinefleisch und Salat (2,3,5) Quarkkeulchen mit Milchreis (5,9)
Beilagen 0,60-0,80 €	Butterreis Eiernudeln Erbsen natur Chinagemüse	Vollkorn-Spiralen Kartoffelecken (5) Rübenmüse Blumenkohl	Tomatiger Vollkorn Reis Bio Salzkartoffeln Romanesco Röschen Vichy Möhren	Kartoffelpüree Bunte Nudeln grüne Bohnen Kaisergemüse	Penne Nudeln Vollkorn Reis Kaisergemüse Mediterranes Gemüse
Bistro 2,00-3,00 € (Stud.) 3,00-4,20 € (Gäste)	Paniertes Seelachsfilet Remouladen Dip, Kartoffelsalat, Rote Beete in Joghurt (2,4,7,9,F) Hühnerfricassee mit Erbsen und Spargel Reis, Salat (G) Gemüselasagne dazu ein Salat	Entenkeule Kartoffelklöße, Rotkohl (1,3,G) Süßkartoffelcurry mit Vollkorn Reis, Paprikasalat Mediterraner Gnocchiauflauf mit einem Salat (1,2)	Pizza Tonno grüner Salat (1,F) Schweinerückensteak Barbecuesauce Kräuter-Drillinge, Krautsalat, klar (3,9,10,5) vegetarischer Makkaroniauflauf dazu ein Salat (1)	Currywurst Pommes Frites und, Rahmgurkensalat (2,8,5) Vegetarische Lasagne Rohkostsalat (1) Wirsinggemüse dazu Brötchen (3,5)	Rindergeschnetzeltes Stroganoff Art Spätzle, Romanesco Röschen (2,9,R) Kabeljaufilet WOK-Gemüse, Chinesischen Eiernudeln (F) Quarkkeulchen mit Milchreis (5,9)

bszkolumne

Wie viel ist die Wohlfahrt wert?

(koi) „Für jeden Euro, der an eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung geht, fließen 49 Cent an die Gesellschaft zurück. [...] Eine gute Alten- oder Suchtkrankenhilfe kann Krankenhauskosten reduzieren und die Volkswirtschaft dadurch entlasten, dass Angehörige weiter arbeitsfähig bleiben.“ Das haben ForscherInnen der Evangelischen Hochschule Nürnberg herausgefunden. Das Team um Prof. Klaus Schellberg hat dazu das SROI-Modell entwickelt. Das Kürzel steht für „Social Return On Investment“ und bildet den Wirtschaftsfaktor Wohlfahrt ab. Das Fazit der Gruppe: Soziale Einrichtungen unterstützen die lokale Wirtschaft und stärken durch ihre entlastende und berufsvorbereitende Wirkung die gesamte Volkswirtschaft.

Mit diesem Wissen im Hinterkopf sollte die Geschäftsidee von morgen eigentlich klar sein: Um den ökonomisch für alle immens bedeutsamen Sprössling „Sozialwirtschaft“ nicht verdorren zu lassen, müssen Rohstoffproduzenten schon heute mit der Sicherstellung des Nachschubs beginnen. Im Klartext: Es müssen mehr bedürftige Menschen produziert werden.

Denn hier ist es keineswegs so bestellt wie mit dem konjunktursicheren Metier der BestatterInnen, SargträgerInnen und FriedhofsgärtnerInnen. Gestorben wird immer, aber Medizin und Technik schreiten in einem Tempo voran, dass es den SozialökonomInnen mulmig wird. Zwar sterben die Menschen später, sind dabei aber vorher weniger auf Hilfe angewiesen. Da gegenzusteuern, sollte nicht nur moralisch erste Bürgerpflicht, sondern auch wirtschaftlich gesehen die erste Priorität im Portfolio sein.

ZweiflerInnen, die anmerken, dass 49 Cent pro investiertem Euro ja wohl kaum eine lohnenswerte Investition seien, sollte der Verweis auf die perspektivische Rendite verstummen lassen. Vielleicht ist es aber auch ganz gut, sein Vorhaben zunächst nicht an die große Glocke zu hängen. Schließlich möchte man sein junges Unternehmen nicht mit gleichgesinnten Start-Ups um Marktanteile rangeln lassen. Man kann sich als JungunternehmerIn in der Produktion bedürftiger Menschen entweder auf eine Gruppe spezialisieren oder die ganze Produktpalette abdecken. Wegen der hohen Lagerkosten ist aber so oder so eine „on demand“-Fertigung mit einem ausgefeilten Supply-Chain-Management vonnöten.

Ist der Businessplan erst einmal aufgestellt und die Finanzierung gestemmt, können zum Beispiel schon bald die ersten Menschen im Rollstuhl vom Band laufen. Möchte man auch Suchtkranke produzieren (wegen des lange andauernden Wirkungsgrads besonders beliebt), ist auf die lokalen Bestimmungen des Betäubungsmittelgesetzes zu achten. Es empfiehlt sich daher, die Herstellung outzusourcen und Fertigprodukte aus Zuliefererländern en masse einzukaufen und mit passender sozialer Etikettierung zu versehen. Vorsicht ist allerdings geboten: Übermäßige Kontamination mit allzu aggressiven Chemikalien (z. B. Crystal Meth) kann die Lebensdauer des Produktes verkürzen und unter Umständen zu einer Regressforderung führen. Mittelschwerer Fusel und sauber produzierte Synthetika sind hier, die richtige Dosierung vorausgesetzt, die sichere Wahl. Generell gilt: Wer bei der Fertigung Zigaretten und Alkohol einsetzt, kann die Sektoren „Alterung“ und „Sucht“ unter Umständen paritätisch abdecken – ein echter Tipp!

Von der Produktion von TechnokratInnen und FinanzjongleurInnen sollte dagegen abgesehen werden. Mitglieder dieser Gruppen haben auch abseits der Sozialwirtschaft keinerlei ökonomischen Wert für die Gesellschaft.

bszimpresum

:bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung
Herausgeber: AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Tim Köhler, Simon Gutleben u. a.
Redaktion dieser Ausgabe: Anna Schiff (as), Clara Jung (clu), Dagmar Hornung (dh), Christoph Koitka (koi), Kolja Schmidt (ks), Marek Firlej (mar), Ulrich Schröder (USch), Jacqueline Thör (Jacq)
V.i.S.d.P.: Marek Firlej (Anschrift s. u.)
Auflage: 3.000
Druck: Druckwerk, Dortmund
Anschrift: :bsz, c/o AstA der Ruhr-Universität Bochum, SH Raum 081, Universitätsstr. 150, 44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900; **Fax:** 0234 701623
E-Mail: redaktion@bszonline.de
WWW: www.bszonline.de
Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer VerfasserInnen.